

Deutsche Hitlergegner im Exil

I

Der emigrierte Parteivorstand der SPD hat gegenüber allen Anfechtungen, auch aus den eigenen Reihen, immer den Standpunkt vertreten, ihm sei von der letzten legalen Parteitagung ein Mandat gegeben worden, das er auszuüben berechtigt und verpflichtet sei, weil man eines Tages würde Rechenschaft ablegen müssen. Es muß eine grausame Enttäuschung für jene gewesen sein, die an dem Dogma des Mandats und der treuhänderischen Ausführung der Wünsche der im Land verbliebenen Mitgliedschaft festhielten, als nach dem Kriege niemand Rechenschaft verlangte, weil sich die Lage so grundlegend geändert hatte und so vordringliche Sorgen des Tages und der Stunde der Befassung mit überholt scheinenden Streitfragen im Wege standen. Dem Parteivorstand wurde zwar damals formell die Absolution erteilt, aber ohne viel Nachdenken und ohne Überprüfung seiner Taktik. Es hatte eben nach dem Krieg niemand den Kopf, sich ihn darüber zu zerbrechen, ob diese oder jene Strömung in der Emigration richtiger auf diesen oder jenen Gewaltakt Hitlers oder auf die Haltung der gegen Deutschland Krieg führenden Mächte reagiert habe.

Inzwischen ist das alles Geschichte geworden, doch eine Geschichte, die uns alle angeht und die man kennen muß, wenn man Verständnis für manche Probleme der Gegenwart aufbringen will, die ganz anders geartet sein mögen, aber doch irgendwohin zurückverfolgt werden können. Da ist vor allem das Buch des jungen Historikers *Werner Köder* zu nennen, dessen Titel den Inhalt enger faßt als es den Tatsachen entsprechen würde¹⁾; es ist nicht nur eine Geschichte der deutschen sozialistischen Emigration in Großbritannien, sondern enthält als Frucht jahrelanger Studien viele wertvolle Angaben auch über die Emigration in anderen Ländern (Tschechoslowakei bis 1938, Frankreich, Schweden, USA). Daneben gibt es ein umfassendes Bild der Tätigkeit auch jener Emigrationsgruppen, die selbst eine noch so weitherzige Interpretation nicht als „sozialistisch“ klassifizieren kann (etwa die etwas nebulose „Deutsche Freiheitspartei“). Im Mittelpunkt der reich dokumentierten Darstellung stehen aber die sozialistischen Gruppen und die Exilorganisationen der deutschen Gewerkschafter.

Es ist besonders dankenswert, daß Röder zum erstenmal zusammenfassend die Bemühungen darstellt, eine Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften zu bilden, als deren Sprecher erst *Heinrich Schliestedt* und nach dessen Tod *Fritz Tarnow* vom Internationalen Gewerkschaftsbund anerkannt war. Zu Röders Schilderung der Gegensätze und Konflikte in der Auslandsvertretung sollten sich jene damaligen Funktionäre äußern, die noch am Leben sind. Sehr eingehend beschreibt Röder die Geschichte der von *Hans Gottfurcht* geführten Londoner Vertretung der deutschen Gewerkschaften, aus der 1941 die „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien“ hervorging. Sie hat sich später nicht darauf beschränkt, „alte“ Gewerkschafter zusammenzufassen, sondern hat alle im Arbeitsprozeß stehenden Hitler-Flüchtlinge gewerkschaftlich zu organisieren versucht. So sind nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion auch die Kommunisten beigetreten, die man als Mitglieder nicht abweisen konnte, die aber ein parteipolitisches Interesse daran hatten, in eine Gemeinschaft vorwiegend anders eingestellter Emigranten aufgenommen zu werden und so ihre Isolierung abzustreifen. Der demokratischen Führung der Gruppe gelang es aber, kommunistische Einheitsfrontmanöver abzu-

1) Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1840-1945. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1969. 324 S., Ln., 36,— DM.

wehren. Da das Röder nicht erwähnt, sei hier nachgetragen, wie die deutschen Gewerkschafter in Großbritannien auf den Kriegsausbruch 1939 reagierten ²⁾:

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, auf welcher Seite wir Kämpfer für ein freies Deutschland stehen. Der Kampf geht um Zivilisation und Demokratie, um Menschenwürde, Menschenrecht und Freiheit, um die Befreiung der Welt von nationalsozialistischer Bedrohung.

Die kommunistischen Führer haben sich durch den deutsch-russischen Vertragsabschluß und die Beteiligung an dem feigen Überfall auf Polen zu Handlangern des Nationalsozialismus erniedrigt, sie haben damit ihren Platz gewählt an der Seite der Mörder der Freiheit. Sie verdienen keine andere Wertung und keine andere Behandlung ...“

Nach dem Fall Frankreichs hatten sich die Parteivorstandsmitglieder (mit Ausnahme *Stampfers*, der von da ab in New York tätig war und sich nur 1941/42 kurz in London aufhielt) nach England gerettet (das klingt sehr einfach, war aber nur unter den allergrößten Schwierigkeiten und dank sehr energischer Unterstützung durch die Labour Party möglich). Sofort kamen die alten Gegensätze wieder zum Vorschein. Nach mühseligen Verhandlungen gelang es schließlich, den Gegensatz zwischen der „Parteivorstandsgruppe“ und den anderen Gruppierungen Anfang 1941 durch Schaffung einer „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ zu überwinden, an deren Spitze der allseits geachtete SPD-Vorsitzende *Hans Vogel* (1881—1945) stand. Die Aktionsmöglichkeiten dieser Union waren freilich gering und wurden im Laufe des Krieges immer geringer, je mehr die Hoffnungen auf eine Erhebung des deutschen Volkes gegen Hitler dahinschmolzen und je stärker London und Washington durch Hitlers und niemandes anderen Schuld daran interessiert sein mußten, mit der Sowjetunion, die Hitler zum Verbündeten der Anglo-Amerikaner gemacht hatte, ein erträgliches Verhältnis herzustellen. An der Londoner nach Deutschland gerichteten Rundfunkpropaganda konnten einzelne deutsche Sozialdemokraten gelegentlich teilnehmen (*Willi Eichler* und *Erwin Schöttle* waren für ihre Person Mitarbeiter der vom späteren Außenminister *Patrick Gordon Walker* geleiteten deutschen Arbeitersendung, *Waldemar von Knöringen* war gleichfalls im Rundfunk tätig), es gab auch Reportagen von Maifeiern der Emigranten, aber in keinem Stadium war der Londoner Rundfunk eine Tribüne der deutschen Opposition oder gar einer ihrer Gruppen.

Zwei Probleme waren es vor allem, mit denen die deutschen Exilsozialisten in England zu ringen hatten, nachdem ihre inneren Gegensätze notdürftig überwunden waren: die wachsende Abneigung gegen alles Deutsche und die kommunistische Einheitsfronttaktik. Die aus diesen beiden Problemen quellenden Schwierigkeiten wurden unüberwindbar, sobald vor Kriegsende aus ihnen durch eine groteske Entwicklung eines wurde. Röder führt viel von dem politischen Mißgeschick der deutschen Exilsozialisten auf den damaligen internationalen Sekretär der Labour Party, *William Gillies*, zurück, der gegen alle Deutschen voreingenommen war und eine unrepräsentative Gruppe deutscher sozialistischer Intellektueller förderte, die sich in der englischen Öffentlichkeit in der Verdammung alles Deutschen und in Anklagen gegen die angeblich gleichfalls nationalistisch verseuchte SPD überschlug. Nicht alle, die in dieses Horn stießen, waren gekaufte Seelen, die die oft unvorstellbare materielle Notlage eines Emigranten zwang, die Ware zu liefern, die damals gerade gefragt war. Viele haben sicher aus ehrlicher Enttäuschung über ein Volk gehandelt, das einem Verbrecherregime nicht in den Arm zu fallen schien, und sie mögen eine Mission darin gesehen haben, die Welt vor neuen Illusionen zu warnen. Das ändert aber nichts daran, daß es sich hier um ein höchst unerfreuliches und beschämendes Kapitel handelte, daß vielfach aufrechte Hitlergegner als verkappte Hitlerianer denunziert wurden und daß niemand außer *Göbbels* daraus Gewinn zog, der in seinem Tagebuch den Wert der — auf von Emigranten beschafftem, meist zweifelhaftem Material

²⁾ Zitiert nach dem Abdruck in der „Sozialistischen Warte“, Paris, 27. 10. 1939.

beruhenden — antideutschen Tiraden von *Lord Vansittart* für sein Propagandaministerium hoch einschätzte. Der Kampf der „Union“ gegen von der Situation begünstigte und von daran interessierter Seite angeheizte irrationale Vorurteile mußte geführt werden, doch er war für Exilierte ohne eine anerkannte Tribüne oder Repräsentation ein Kampf mit ungleichen Waffen.

Aber das Problem läßt sich nicht (und Röder tut das auch nicht) auf den Gedanken reduzieren, alles wäre anders gekommen, wenn die britischen Sozialisten damals einen anderen außenpolitischen Experten im Parteisekretariat gehabt hätten. Aus eigener Erfahrung sprechend, kann der Verfasser dieser Bemerkungen bestätigen, daß Gillies ein Hemmschuh war, wobei aber gerechterweise nicht verschwiegen werden darf, daß er zur Rettung vieler deutscher Hitlergegner aus den Klauen der Gestapo Außerordentliches geleistet hat. Aber die deutschen Exilsozialisten wären nicht einmal zum Zuge gekommen, wenn einer der Ihren die Position von Gillies eingenommen hätte. Sie konnten sich — keineswegs durch eigene Schuld — nicht auf eine deutlich in Erscheinung tretende Zustimmung in ihrer Heimat berufen. Sie haben sich mit der Sache der gegen das Dritte Reich im Krieg stehenden Mächte solidarisiert, aber diese haben sich umgekehrt nicht mit ihnen solidarisiert, weil sie daraus Verpflichtungen für die Zukunft fürchteten, die man vielleicht nicht werde einhalten können. Das galt schon 1941. Es galt in noch stärkerem Maße gegen Kriegsende. Da mußte man Polen aufgeben, das Land, deswegen man in den Krieg gezogen war. Viel leichteren Herzens hätte man die deutschen Exilsozialisten aufgegeben, wenn man ihnen je eine Chance gegeben hätte. Dabei hatten diese Sozialisten gar keine Ziele, die mit denen dessen, was man die „westliche Welt“ nennt, im Widerspruch gewesen wären. Ganz im damaligen Stil der Hoffnung auf eine Befriedung der Welt durch ein Übereinkommen zwischen London, Washington und Moskau definierte die „Union“ im Oktober 1943 als ihre außenpolitische Vorstellung eine Föderation europäischer Völker in freundschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Commonwealth, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion³). Aber darauf kam es nicht an. Die unüberwindbare Schwierigkeit war, daß die Exilsozialisten einen ideologischen Kampf führten in einer Welt, in der ein Krieg um die Macht vor sich gehen mußte, weil Hitler Länder angegriffen hatte, die sich miteinander machtmäßig, aber nicht ideologisch einigen konnten.

Rückblickend war die starre, durch kein Manöver und durch keine dadurch herbeigeführte weitere Isolierung beeinflussbare Ablehnung jedes Zusammenwirkens mit Kommunisten durch den SPD-Parteivorstand (oder dessen übriggebliebene Rumpfkörperschaft) natürlich richtiger als noch so gut gemeinte Experimente von Gruppen oder Einzelgängern, die den Kommunisten auf den Zahn fühlen, wollten, ob sie nicht doch durch die gemachten Erfahrungen weniger orthodox und vielleicht bis zu einem gewissen Grade koalitionsfähig geworden wären. Praktisch war das aber gar nicht so einfach, wie es einem Betrachter von 1970 erscheinen mag. Konnte man sich z. B. deshalb, weil der Anstoß von den Kommunisten gekommen war, von einer Aktion ausschließen, die von vielen nichtkommunistischen Gruppen aufgenommen wurde und die an die Emigration appellierte, sich noch stärker in den Dienst des Krieges gegen das Dritte Reich zu stellen? Röder hat viel Material über die Taktik der deutschen Exilkommunisten in Großbritannien zusammengetragen, die von einem Extrem ins andere fielen und national-deutschen Parolen die These folgen ließen, die antifaschistischen Emigranten sollten von sich aus z. B. die Abtrennung Ostpreußens von Deutschland nicht etwa als unausweichlich hinnehmen, sondern selbst fordern. In seiner gut dokumentierten Darstellung fehlen leider genauere Angaben über das Verhalten der deutschen Kommunisten in der Zeit des

3) Näheres darüber siehe in Röders Aufsatz „Deutschlandpläne der sozialdemokratischen Emigration in Großbritannien 1942-1945“, in *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, München, 1/1969, S. 72-86.

„imperialistischen Krieges" (22. 8. 1939 — 22. 6. 1941). Deshalb sei hier nachgetragen, daß sie, die vorher nicht laut genug nach kollektiver Sicherheit gegen Hitler rufen konnten, den Krieg ebenso sabotierten wie Kommunisten, die nicht selbst Opfer des Nationalsozialismus waren. So wurde in der getarnt-kommunistischen Zeitschrift *Inside Nazi Germany* im Januar 1940 verkündet:

„Wir werden oft aufgefordert, die Kriegsziele der deutschen Gegner des Nazismus zu formulieren. Wir haben keine Kriegsziele. Unsere Ziele sind Friedensziele. Wir wollten diesen Krieg nicht. .. Wir deutschen Kämpfer gegen den Hitlerismus haben keine Kriegsziele, weil wir keinen Krieg führen ..."

Röder zeichnet gewissenhaft die Winkelzüge nach, mit denen die Kommunisten mit plausible klingenden Argumenten eine (natürlich von ihnen) beherrschte Einheitsfront der deutschen Emigration aufzurichten suchten, und wie sie dann die Gemeinschaft mit Nichtkommunisten, die sie zusammenbrachten, für die nationalistisch-antideutschen Schlagworte mobilisieren wollten, die Moskau in immer weitergehendem Maße nach 1943 ausgab, wobei jede Kritik an ihnen als Verrat an der gemeinsamen Politik - der gegen Hitler im Krieg stehenden Staaten denunziert wurde. Die deutschen Exilsozialisten gerieten dadurch in England in eine ganz hoffnungslose Situation, aber das Moment, das den Ausschlag gab, wird von unserem Autor unseres Erachtens nach nicht genügend betont: daß sich auch viele kommunistischer Sympathien ganz unverdächtige englische Linkspolitiker von den deutschen Sozialisten abwendeten, weil sie die endlich hergestellt scheinende politische Zusammenarbeit zwischen Washington, London und Moskau nicht gefährden wollten. *Harold Laski*, der damals führende Theoretiker der Labour Party, hatte noch im April 1944 eine gemeinsame Deklaration mit deutschen und österreichischen Sozialdemokraten unterschrieben, die gegen *Churchills* Ankündigung protestierte, die Atlantik-Charta werde nicht für Deutschland gelten (also praktisch überhaupt nicht). Später wäre er zu keinem gemeinsamen Auftreten mit deutschen Sozialisten zu haben gewesen. Der *New Statesman* war seit 1933 die einflußreichste englische Zeitschrift gewesen, die sich immer schützend vor die deutschen Emigranten stellte. Man hat dort nie etwas gegen sie gesagt, aber man hätte 1944 und später nie gewagt, sie gegen die patriotisch maskierten kommunistischen Denunziationen in Schutz zu nehmen. ..

Röders tiefeschürfende Untersuchungen werden durch einen höchst wertvollen dokumentarischen Anhang ergänzt, der viele bisher unveröffentlichte Dinge enthält, darunter auch zwei die Haltung der „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien" widerspiegelnde Erklärungen.

II

Friedrich Stampfer (1874—1957) hat vor seinem Tod eine Geschichte der SPD-Emigration geschrieben, die, durch Schriftstücke aus seinem Nachlaß und aus anderen Quellen ergänzt, jetzt in einem leider sehr teuren Riesenband gedruckt vorliegt⁴). Trotz der Zeitgebundenheit vieler in den Dokumenten erörterter Details ist es bis zum Schluß eine hochinteressante, wenn auch angesichts der vielen Enttäuschungen der deutschen Emigration selten erfreuliche Lektüre. An dem Titel „Mit dem Gesicht nach Deutschland", der nicht von Stampfer stammt und auf eine Bemerkung von *Otto Wels* zurückgehen soll, wird man sich aus grundsätzlichen Erwägungen stoßen. Er will den Emigranten bescheiden, daß sie immer mit dem Gesicht zur Heimat gesprochen, geschrieben und gehandelt haben; ist aber die Betonung einer solchen Selbstverständlichkeit, die hier apologetischen Charakter annimmt, vonnöten und müssen gerade jene, die Hitler zur Emigration ge-

4) Erich Matthias (Herausgeber), Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, ergänzt durch andere Überlieferungen. Bearbeitet von Werner Link. Droste Verlag, Düsseldorf 1969. 758 Seiten, Ln., 92,— DM.

zwungen hat und die aus dem Ausland den Kampf für seinen, Sturz fortsetzten, ein Alibi vorlegen? Stampfer schildert die einzelnen Stadien seiner Emigration: zuerst Prag, denn Paris und seit 1940 New York. Über das amerikanische Kapitel, die Tätigkeit der *German Labor Delegation*, als die die SOPADE auftrat und ihre verständnisvolle Unterstützung durch die *American Federation of Labor* und in deren Rahmen besonders — ein bemerkenswertes Detail — durch das *Jewish Labor Committee*, weiß man am wenigsten, und Stampfers aus eigenem Erleben geborene Darstellung hat darum großen Quellenwert. Der Herausgeber des Buches, Prof. *Matthias*, sagt in seinem Vorwort, man merke ihm an, daß es sich um ein Alterswerk handle. Das stimmt: der 83jährige Friedrich Stampfer hat sich begreiflicherweise beeilt, die Arbeit abzuschließen; aber gerade deswegen ist es mit seiner inneren Geschlossenheit, mit der geraden Linie, die es einhält, und auch mit der deutlichen Zurückhaltung in der Beurteilung von Parteigenossen, die damals ganz anderer Meinung waren, eine bewundernswerte Leistung.

Sowohl aus Stampfers systematischer Darstellung als auch aus den angeschlossenen Dokumenten gehen die Schwierigkeiten hervor, denen die exilierte Parteiführung von allem Anfang an begegnet. Die Jahre in Prag (1933—1937) waren da vergleichsweise idyllisch: die SOPADE stand unter dem Schutz der zwei sozialdemokratischen Parteien des Landes, die beide in der Regierung vertreten waren, Hitler hatte noch kaum außenpolitische Erfolge errungen, noch konnte man hoffen, er werde von innerdeutschen Gegenkräften gestürzt werden. Den Konflikt mit der Gruppe „Neubeginnen“ suchte der Parteivorstand als eine bloß interne Auseinandersetzung abzuschwächen. Aber schon in Prag hatte sich *Paul Hertz* von der Parteivorstandsgruppe losgelöst, in Paris angelangt, begegnete sie Kritik durch die zahlenmäßig verhältnismäßig starke Landesgruppe exilierter Parteiangehöriger, und das Interesse der Außenwelt an einer exilierten und noch dazu ideologischen Opposition zum Dritten Reich war nicht hoch über dem Nullpunkt.

Zum Kriegsausbruch solidarisierte sich die SOPADE in einer denkwürdigen Erklärung „mit allen Gegnern Hitlers, die für die Freiheit und für die Kultur Europas kämpfen“. Sie sprach hier stellvertretend für die Millionen zum Schweigen verurteilten Anhänger und kann heute mit Stolz auf ihre unzweideutige Haltung verweisen; aber damals nahm es kaum jemand zur Kenntnis. Die katastrophalen Folgen des französischen Zusammenbruchs für die deutsche Emigration werden in dem Buch wieder lebendig. In übermenschlichen Anstrengungen gelang es, mit Hilfe vor allem der amerikanischen Gewerkschaften, Tausende bedrohter Menschen zu retten. Doch neben einer unbekannt Zahl unbekannter Menschen wurden zwei exponierte Sozialdemokraten, *Rudolf Breitscheid* und *Rudolf Hilferding*, von der Vichy-Regierung ans Dritte Reich ausgeliefert. Hilferding nahm sich höchstwahrscheinlich selbst das Leben, Breitscheid wurde in Buchenwald umgebracht. Aber von Stampfer erfährt man, daß unter den Ausgelieferten noch eine frühere Reichstagsabgeordnete, *Johanna Kirchner*, war, die ein furchtbares Geschick traf: sie wurde zum Tod verurteilt und hingerichtet.

Mit den 1933 geretteten finanziellen Mitteln konnte der Parteivorstand etwa bis 1938 das Auslangen finden und z. B. in den ersten Jahren eine in Karlsbad gedruckte Zeitung („Sozialistische Aktion“) regelmäßig nach Deutschland schmuggeln. Als die vorhandenen Mittel zu versiegen drohten, fuhr Stampfer zum erstenmal in die Vereinigten Staaten und mobilisierte dort Hilfe von den Gewerkschaften. Bis dahin war von der deutschen politischen Emigration überhaupt nichts getan worden, um die amerikanische öffentliche Meinung für ihre Sache zu gewinnen. Das ist ebenso erstaunlich wie die Tatsache, daß man auch an die britische öffentliche Meinung heranzukommen nicht versucht hatte. Freilich konnte man von einem exilierten, in den eigenen Reihen umstrittenen und schwer um seine politische Existenz kämpfenden Parteivorstand, der auch durch Todesfälle immer mehr zusammenschrumpfte (*Otto Wels* starb im September 1939), nicht

allzuviel erwarten. Immerhin konnte Stampfer in Amerika Hilfe für die politische Arbeit und für die Rettung von Emigranten vor der Gestapo aufbringen.

Weniger glücklich war er parteipolitisch, als er sich dann in New York niederließ und mit *Grzesinski*, *Rudolf Katz* und anderen die *German Labor Delegation* schuf. Während es in England gelang, die Parteivorstandsgruppe, die Gruppe „Neubeginnen“, die SAP und den ISK unter einen Hut zu bringen, kam es in Amerika nicht einmal innerhalb der deutschen sozialistischen Emigration je zu einer Einigung. Drei Parteivorstandsmitglieder — *Marie Juchacz*, *Georg Dietrich* und *Paul Hertz* — stellten sich gegen die Konzeption der *Labor Delegation*; ein vierter, *Siegfried Aufhäuser*, arbeitete mit ihr nur kurze Zeit zusammen. In London bestand der Parteivorstand von 1941 an praktisch aus dem Vorsitzenden *Hans Vogel* und seinem Gehilfen *Erich Ollenhauer*, Selbst Stampfer, der am zähesten an der Auffassung von dem 1933 erteilten Mandat festhielt, sprach in einem Brief 1943 von dem „etwas imaginär gewordenen Parteivorstand“. Interessanterweise war es der 1933 gewählte Parteivorsitzende Vogel, der 1943 in einem Brief an Stampfer die „Kontinuitätstheorie“ verwarf:

„Sie, lieber Stampfer, berufen sich immer wieder auf den besonderen Auftrag, den Sie im Mai 1933 erhalten haben. Ich glaube, auch zu Ihren damaligen Auftraggebern zu gehören. Ohne selbst einen solchen besonderen Auftrag erhalten zu haben, fühle ich mich der Partei gegenüber nicht weniger verantwortlich als Sie... Keiner von uns konnte damals mit einer so langen Dauer der Außerkraftsetzung unserer Partei, mit einer so lange währenden Emigration und einer so totalen Umstellung aller politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen und der Zerstörung aller menschlichen Zivilisation rechnen. Was sich in diesen zehn Jahren alles ereignet hat und weiter vollziehen wird, können auch wir nicht einfach ignorieren. Wir haben bestimmte Schlußfolgerungen zu ziehen, und es hieße, Sie einfach zu beleidigen, wenn wir Ihnen die Vorstellung unterschieben wollten, daß wir unsere Arbeit einst dort wieder aufnehmen und fortführen könnten, wo wir sie 1933 abgebrochen haben. Keiner von uns . . . ist 1933 ins Exil gegangen, nur um die Partei draußen als solche zu vertreten. Es ging und geht uns um die Vertretung ihrer Ideen und der Sache, der sie gedient hat.“

Stampfer war von dieser Argumentation nicht beeindruckt, wie seine Antwort zeigt:

„Ihr seid mir zu weich. Ich glaube, wir könnten uns an den Menschewiki ein Beispiel nehmen. Die sind nicht erst zehn Jahre in der Emigration. Was sind auch schon zehn oder zwanzig Jahre? Was ist das für ein Standpunkt, zu sagen: weil schon zehn Jahre vergangen sind und so vieles sich geändert hat, können auch wir nicht mehr an dem festhalten, was wir für gut und vernünftig halten? Ich muß gestehen, was ich an den großen Parteien in der Welt beobachte und was ich an den Splittergruppen erlebe, macht mich immer stolz auf unsere alte Partei. Die Arbeit, die wir geleistet haben, kann sich sehen lassen. Und den Sturm, der über uns gekommen ist, hätte niemand besser ausgehalten als wir.“

Natürlich werden die zwei Problemkreise ausführlich behandelt, die auch Röder genau untersucht: die Frage des „Vansittartismus“, der Lehre, daß alle Deutschen schlecht sind, und die einer gewissen Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der Emigration.

Manche Auseinandersetzungen über sozialistische Ideologie in der Emigration wünschte man gerade wegen heutiger Fragestellungen ausführlicher behandelt, wie z. B. die Polemiken um *Curt Geyers* Broschüre „Die Partei der Freiheit“ (1939), die vielen als Versuch erschien, traditionelles sozialistisches Gedankengut zugunsten eines bloßen Bekenntnisses zu Freiheit und Demokratie zu opfern (Curt Geyer ist später aus der SPD ausgeschieden). In der Frage der Abwehr der Verdammung alles Deutschen war Stampfer wohl der hartnäckigste Verfechter der These von der „anständigen Mehrheit des deutschen Volkes“. Aber auch ihn haben manchmal Zweifel übermannt. Auf die 13 200 000 Menschen anspielend, die noch im März 1933 sozialdemokratisch oder kommunistisch gestimmt hatten, schrieb er nach der Ermordung *Breitscheids* und *Thälmanns* im September 1944:

„13 200 000 und kein hörbarer Ruf der Empörung, kein rettender Schuß! Keine Protestdemonstration, kein Massenstreik! 13 200 000, eine dunkle, schweigende Sklavenschar, ein Haufen elender Ohnmacht. 13 200 000 Atome Mensch, jedes auf sich selbst gestellt, unfähig, anderen oder auch nur sich selbst zu helfen, hungern, verblutend, ohne Gedanken an eine erlösende Tat, ohne Hoffnung auf Rettung ...“

So oft die verschieden getarnten Einheitsfrontangebote der Kommunisten auch abgewiesen wurden, war man sich intern darüber klar, daß es Situationen geben könnte, in denen man nicht einfach Nein sagen kann. Vogel schrieb 1943:

„Das schließt freilich nicht aus, daß eines schönen Tages die Notwendigkeit, in England eine Gesamtvertretung der deutschen politischen Emigration ins Leben zu rufen, einschließlich des katholischen und bekennnischristlichen Sektors, aber auch der Kommunisten, zwangsläufig an uns herantritt.“

Aber diese Notwendigkeit ergab sich nicht, weil niemand an der deutschen Emigration mehr ernstlich interessiert war, was bei Stampfer (August 1944) eine Resignationsstimmung auslöste:

„Das alles wäre ganz schön, wenn man nur nicht das fatale Gefühl hätte, daß alles für die Katz ist.“

III

Die erwähnten beiden Bücher unterrichten uns über die Tätigkeit der politischen Emigration aus dem Dritten Reich. Eine Ergänzung zu ihnen ist ein Buch von *Kurt Großmann* (geb. 1897)⁵⁾. Der Autor, seit 1926 Generalsekretär der Deutschen Liga für Menschenrechte, hat schon im Februar 1933 in Prag die Organisation der Hilfe für die ins Ausland flüchtenden Opfer Hitlers begonnen. Die von ihm geleitete „Demokratische Flüchtlingsfürsorge“, von den tschechoslowakischen Behörden auch finanziell unterstützt, sorgte für jene Emigranten, die nicht von der SOPADE oder den Hilfseinrichtungen der Kommunisten betreut wurden, also für viele, die keiner Partei angehörten, aber auch für die Angehörigen verschiedener sozialistischer Gruppen. So enthält Großmanns Buch auch vom Standpunkt der politisch interessierten Menschen viele wichtige Hinweise, und es ist ein schwerwiegender dokumentarischer Beweis für die Niedertracht der Kommunisten, die jeden ihrer früheren Bekenner, der die jeweilige Moskauer Linie nicht mitmachte, aus jeder Fürsorge ausschalten wollten, ihn als Agenten der Gestapo denunzierten und ihn der Möglichkeit der weiteren Emigration berauben wollten.

1938 hat Großmann seinen Sitz nach Paris verlegt und später nach New York, wo er heute noch lebt, in der Fürsorge für die Opfer der Diktatur aufgehend. In seinem mehr als 35jährigen Wirken auf diesem Gebiet hat er ein ungeheures Material angesammelt — wobei es unvermeidlich ist, daß seiner Aufmerksamkeit manches entging —, so daß sein Buch eine wichtige Quelle für die Geschichte der Bestrebungen ist, verfolgte und zur Flucht aus der Heimat gezwungene Menschen vor ihren Verfolgern, aber auch vor Not und Elend, zu retten. In diesem Kampf um ein bißchen Menschlichkeit hat es unzählige, mit ein wenig gutem Willen von Regierungen vermeidbare und manche einfach unvermeidbare, Mißerfolge gegeben, aber auch viele Erfolge. Das alles wird von Großmann mit einem großen Aufgebot von Fakten, Daten und Zahlen verzeichnet.

Großmanns Buch wird durch einen dokumentarischen Anhang ergänzt, aus dem insbesondere die erschütternde Gedenkrede hervorgehoben sei, die *Paul Fröhlich* in New York dem jungen deutschen Sozialisten *Walter Behrends* gehalten hat, der nach Verfolgung in Deutschland und schweren Schicksalen in der Emigration in Frankreich als Freiwilliger in der amerikanischen Armee auf einer fernen Südseeinsel gefallen ist.

5) Kurt R. Großmann, *Emigration — die Geschichte der Hitler-Flüchtlinge*, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1969, 412 Seiten, 48,— DM.